

STRASSBURG-ORTENAU

## Warum ist die grenzüberschreitende Zusammenarbeit am Auftreten des Covid-19 zerschellt?

Die völlige Diskrepanz zwischen dem Entscheidungsprofil der weit entfernten Behörden und dem Abstimmungsprofil der lokalen Institutionen hat die Beschädigung der Zusammenarbeit zwischen den Gebieten Straßburg und Ortenau während der außergewöhnlichen Periode im März 2020 noch verschärft, analysiert eine Studie von Forschern der Hochschule Kehl und der Universität Straßburg.



Festakt zur Wiederöffnung der Grenzen auf der Brücke zwischen Huningue und Weil-am-Rhein, im Juni 2020. © Mathieu Noyer

Da die grenzüberschreitende Zusammenarbeit beim Ausbruch der Gesundheitskrise nicht funktionierte, wurde von allen wahrgenommen. In einer Studie über die Ereignisse zwischen Straßburg und der deutschen Ortenau-Region

haben sich drei französische und deutsche Forscher bemüht, die Stolpersteine besser zu zerlegen, um sie zu verdeutlichen. So werden die Grenzen im Bereich der Governance besser angedeutet.

Das Scheitern der Zusammenarbeit in den ersten Tagen der Covid-19-Pandemie im März 2020 ist angesichts der Schnelligkeit und des neuartigen und unerwarteten Charakters dieser Krise verständlich. Sie ist aber auch dem "*Governance Hiatus*" zu verdanken, den Hansjörg Drewello, Jean-Alain Héraud und Emmanuel Muller, Professoren für Wirtschaft und Soziologie an der Hochschule Kehl bzw. der Universität Straßburg, aufgezeigt haben. Die Institutionen, die die Entscheidungen getroffen haben, weisen einen nahezu perfekten Profitabgleich mit denjenigen auf, die lokal von der Pandemie betroffen waren. Die französische Regierung in Paris, ihr deutsches Pendant auf Bundesebene in Berlin und das Land Baden-Württemberg in Stuttgart waren diejenigen, die die Fähigkeit hatten, die Entscheidung zu treffen, nicht zur informellen Kommunikation verpflichtet waren und keine lokale Verantwortung trugen, also genau das Gegenteil der für diesen außergewöhnlichen Zeitraum charakteristischen Merkmale der Städte Straßburg und Kehl, des Departements Bas-Rhin (heute Collectivité Européenne d'Alsace), der Region Grand Est, des Landkreises Ortenau, des Regierungspräsidiums Freiburg oder auch von Infobest.



Prof. Dr. Hansjörg Drewello, Studiendekan bei der Hochschule Kehl. © Hochschule Kehl

*"Unsere Motivation, diese Arbeit zu schreiben, ist nicht nur, dass wir die Ereignisse selbst erlebt haben, sondern auch, dass öffentliche Entscheidungen die Situation im grenzüberschreitenden Kontext nicht verbessert, sondern verschlimmert haben. Wir versuchen, die Gründe dafür zu verstehen und herauszufinden, wie eine Wiederholung in der Zukunft vermieden werden kann",* erklärt Prof. Dr. Hansjörg Drewello, Studiendekan bei der Hochschule Kehl.

### **"Schwäche der grenzüberschreitenden Verankerung".**

In der Studie wurden *"drei Haupthindernisse für die Zusammenarbeit"* identifiziert: *"das Fehlen eines lokalen Krisenmanagementstabs mit grenzüberschreitenden Kompetenzen"*, *"die erzwungene und vollständige institutionelle Unterordnung der lokalen Akteure unter ihre jeweiligen nationalen Behörden"* sowie *"die Schwäche der des grenzüberschreitenden Verankerung in der Bevölkerung"*.

Die Autoren leiten daraus drei *"Empfehlungen"* ab: Entwicklung eines *"spezifischen Rechtsrahmens"* auf der Grundlage der Subsidiarität, nach dem Prinzip, die erste Entscheidungsebene solle die der Bevölkerung am nächsten stehende sein, *"Schaffung einer grenzüberschreitenden Task Force, die für das Krisenmanagement aktiviert werden könnte"* und Durchführung einer Studie zum Erfahrungsrückfluss. *"Insgesamt hat die Krise unterstrichen, dass es einen dringenden Bedarf an neuen, 'offenen' Regierungsmechanismen gibt, die über das altmodische Zelebrieren der deutsch-französischen Freundschaft hinausgehen"*, schreibt das Trio mit gewisser Heftigkeit.

*"Anstatt auf zeitraubende und komplizierte Änderungen in der Kompetenzverteilung der grenzüberschreitenden Institutionen zu zielen, sollten effiziente Abstimmungsgremien eingerichtet werden, die der lokalen Ebene Verantwortung übertragen. Anlässe für Krisen in der nahen Zukunft gibt es genug: Am Oberrhein kann es jederzeit beispielsweise zu Erdbeben oder zu Überschwemmungen kommen"*, beobachtet Hansjörg Drewello.

## **Das Krisenmanagement vorsehen**

Diese Arbeit unterstreicht insbesondere die fehlende Erfahrung oder sogar Vorbereitung auf ein Krisenmanagement auf grenzüberschreitender Ebene, dessen Rhythmus der Funktionsweise der Institutionen (die Eurodistrikte und der Verein Regio Basiliensis werden auf dieser Ebene zitiert) entgegengesetzt erscheint, deren *"Aktivitäten eher langfristig angelegt sind"*. Folgend : *"weder die staatlichen Stellen noch die Gebietskörperschaften denken, diese Institutionen als Ort der Abstimmung zu mobilisieren, zu einem Zeitpunkt, an dem die Reaktionsfähigkeit eine absolute Notwendigkeit ist"*.

Von acht *"Hypothesen über die Chancen, zu einer zufriedenstellenden Zusammenarbeit zu gelangen"*, die in einer Studie (Autoren Blondin & Boin) aufgestellt wurden, identifiziert das Verfassertrio nur zwei, die einen günstigen Faktor zwischen Straßburg und der Ortenau aufweisen, gegenüber vier ungünstigen und zwei, bei denen sich das Plus und das Minus neutralisieren.

Die Studie ist auch nicht nachsichtiger mit Deutschland aufgrund seiner föderalen Funktionsweise: Die Ignoranz gegenüber der grenzüberschreitenden Tatsache war von Berlin aus mindestens genauso eklatant wie von Paris aus. Und in Stuttgart, dem Sitz des Landes, *"wurden bei den getroffenen Entscheidungen die Realitäten der Grenzgemeinden kaum stärker berücksichtigt als bei den Entscheidungen aus Berlin"*.